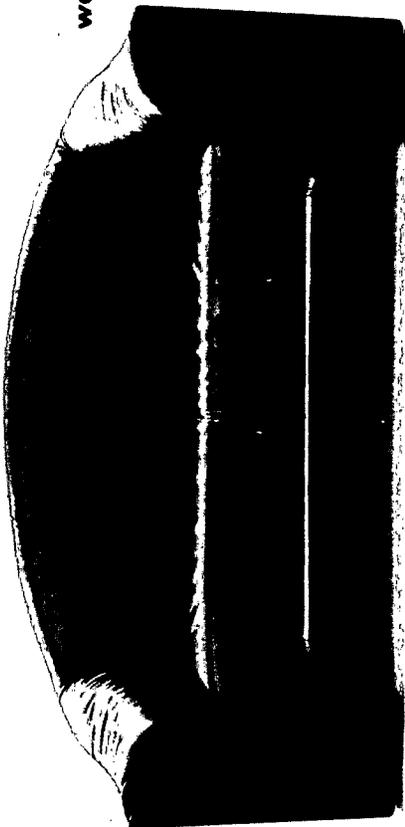


Lario ist eine neue Polstergruppe der collection walter knoll, deren Entwürfe schon immer ein Synonym für gutes Design, Funktion und hohe Qualität waren.

Lario setzt diesen Anspruch konsequent fort, zeigt durch markante Form und erstklassigen Verarbeitungsstandard Niveau und Wert.

Fordern Sie bitte unseren **collection** Farbprospekt an. Und wir nennen Ihnen das führende **Ein-walter** richtungshaus in Ihrer Nähe. Dort können Sie unsere Modelle anschauen. **knoll**

Weiter Knoll GmbH + Co. KG Sitzimbellabrik Postfach 1229 7033 Herrenberg



Design Burkhard Vogtherr

BANKEN

Grüne Soße

Als erste der Großbanken führt die Dresdner „gerechtere“ Gebühren im Zahlungsverkehr ein – kleine Kunden kommen schlecht dabei weg.

Bei der Deutschen Bank wird noch „überlegt“, in der Commerzbank „analysiert“, in der Bank für Gemeinwirtschaft „nachgedacht“. Das Ergebnis allen Nachdenkens steht indes längst fest: Die Gebühren im Zahlungsverkehr müssen rauf.

Zu Ende gedacht hat bis jetzt nur die Dresdner Bank. In diesen Tagen will sie ihre 1,2 Millionen Kunden mit privaten Girokonten über ihre Schlußfolgerungen aufklären.

Wegen der hohen „Kostenverursachung“ und dem „erheblichen Aufwand“ des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, heißt es in dem Rundschreiben der Dresdner Bank, sollen ab 1. April nicht nur neue, sondern auch „gerechtere“ Gebühren gelten. Und was gerecht ist, nutzt auch der Bank.

So erhebt die Dresdner Bank (Werbeprospekt: „Mit dem grünen Band der Sympathie“) künftig für jedes Girokonto pro Monat zwei Mark „Grundgebühr“. Ein Konto nämlich, so die Begründung, verursache immer „nicht unwesentliche Kosten“ — ganz gleich, wie hoch das Guthaben ist.

Was mit dieser Grundgebühr bezweckt wird, ist unschwer zu erkennen. „Die Zahl der Konten soll sich vermindern“, erriet die „Frankfurter Allgemeine“. Wer sein Konto nur wenig nutzt, der soll die Kreditinstitute nicht mehr mit Arbeit belasten.

Und Kunden, die bleiben, sollten sich davor hüten, das Bankpersonal allzuoft zu behelligen. Wer etwa bares Geld am Schalter einzahlen oder dreist vom eigenen Konto abheben will, wird bestraft: Er muß jedesmal eine sogenannte „Postengebühr“ von 75 Pfennig berappen.

Andere „Geschäftsvorfälle“, für die bisher eine Einheitsgebühr von 50 Pfennig fällig war, will die Dresdner Bank dagegen verbilligen. Daueraufträge zum Beispiel, die der Computer rationell erledigt, sollen nur noch die Hälfte kosten, Abbuchungen und Verrechnungsschecks 35 Pfennig, Überweisung 45 Pfennig.

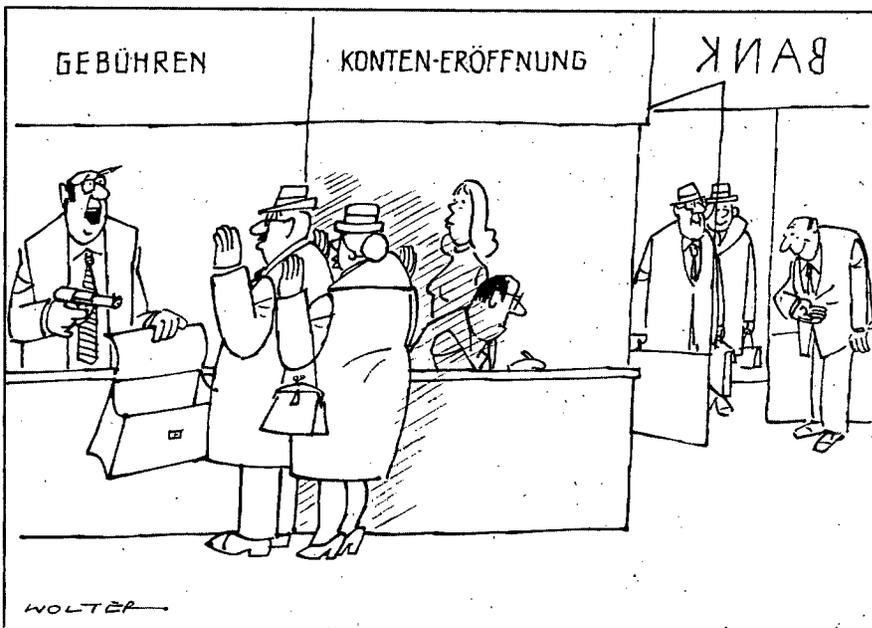
„Nutznießer des neuen Systems“, kritisiert Manfred Dimper von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, seien jene, die auf ihrem Konto viel zu bewegen haben. „Der kleine Mann zahlt drauf.“

Nicht immer wurde der kleine Mann von der großen Bank so lieblos behandelt. Jahrelang hatten die Kreditinstitute ihn mit dem Hinweis auf völlige Gebührenfreiheit an die Schalter gelockt. Lohn- und Gehaltsempfänger, die den leichten Umgang mit einem Girokonto erst noch lernen mußten, waren umworben.

Das ging ein Jahrzehnt lang gut und bekam offenbar auch den Geldinstituten ausgezeichnet. Die Rentabilität im Massengeschäft, versicherten sie, sei nicht gering.

Begreiflich: Denn während die Banken selbst in der Regel für die Guthaben auf Lohn- und Gehaltskonten keine Zinsen zahlen, können sie mit den nicht abgehobenen Geldern, im Bankjargon „Bodensatz“ genannt, zinsbringend arbeiten.

Vor allem aber hatten die Institute die Chance, die neuen Kunden im Schaltergespräch zu beraten, was sie



„Hände hoch! Das ist ein Überfall!“

denn mit ihrem Geld sonst noch machen könnten. Und da fand sich manches, was auch für die Bank lohnte — von der Eröffnung eines Sparkontos bis zur Baufinanzierung.

„Wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen“, warb die Dresdner Bank um das billige Geld der kleinen Leute. Der große Konkurrent lockte: „Fragen Sie die Deutsche Bank“ — natürlich gebührenfrei.

Die Großbanken ließen es sich auch viel Geld kosten, um ihr traditionelles Image von Macht und Großfinanz, das auf die Massenkundschaft eher abschreckend wirkte, zu korrigieren. Der Mann am Bankschalter schien mit einmal ein hilfreicher Ratgeber in allen Finanzfragen zu werden.

Um immer näher an das gemeine Volk heranzukommen, scheuten die Großbanken weder Mühen noch Kosten. So haben sie in 20 Jahren ihr Filialnetz nahezu vervierfacht.

Noch 1960 gab es bei Sparkassen und Banken erst etwa vier Millionen Lohn- und Gehaltskonten. Inzwischen sind die Bundesbürger mit rund 46 Millionen Girokonten total erfaßt.

Zugleich schickte sich die „größte und bedeutendste Einlegergruppe“ an, so freute sich Günter Schneider vom Vorstand der Kundenkreditbank, „auch die größte und bedeutendste Kreditnehmergruppe zu werden“.

Doch mit der Zahl der Konten wuchs auch die Begehrlichkeit der Banken. Anfang der siebziger Jahre fanden sie plötzlich heraus, daß sie nun endlich Gebühren haben müßten, die sie dann auch ständig erhöhten.

Zur Begründung mußten nicht nur die steigenden Kosten, sondern sogar die Bankräuber herhalten. Um das viele Bargeld am Schalter, das doch nur die Terroristen anlockte, drastisch zu vermindern, wollten die Banken mit einer prohibitiven Gebühr („Räuber-Mark“) die Nachfrage nach Bargeld am Kassenschalter dämpfen.

Erstmals tauchte die „kunden- und leistungsbezogene Gebührenpolitik“ im Geschäftsbericht 1976 der Deutschen Bank auf. Man solle, fand dann auch Professor Karl Friedrich Hagenmüller vom Dresdner-Vorstand, unterschiedlich aufwendige Bankleistungen nicht mit einer grünen Soße übertünchen.

Damit sie ihre „Glaubwürdigkeit im Lohn- und Gehaltskontogeschäft zurückgewannen“ und das Odium der „Geldschneiderei“ vermieden, riet hingegen Günter Schneider von der Kundenkreditbank seinen Kollegen zu einer Neuerung. Sie sollten doch endlich einmal daran denken, auch die Guthaben der Kunden zu verzinsen.

Doch so drastische Neuerungen mochten die Banker nicht einführen. Beim neuen Gebührensystem der Dresdner Bank, das die Deutsche Bank bereits als „im Ansatz richtig“ lobte, ist von Einlagezinsen keine Rede.

BETRIEBSRÄTE

Angriff schlechthin

Die Belegschaft der Berliner Mercator-Druckerei legte die Arbeit nieder, weil der Eigentümer den Betriebsräten den Lohn kürzte.

Die streikenden Setzer und Drucker der Berliner Mercator-Druckerei schienen kompromißbereit: Einige der in der Musikkneipe „Quartier Latin“ versammelten Mercator-Leute waren willens, die Arbeit wenigstens zeitweilig wiederaufzunehmen.

Doch die Diskussion endete abrupt. Mercator-Chef Franz Karl Maier, 69, Verleger der Berliner Zeitung „Tages-



Druckerei-Besitzer Maier
„Die Herren haben sich gedrückt“

spiegel“, ließ den Betriebsrat schriftlich wissen, er wolle alle Streikenden fristlos entlassen.

„Dann hat sich die Frage, was wir weiter machen“, fand einer der Versammelten nach Verlesen des Briefes, „von selbst erledigt.“ Die Kollegen trommelten Zustimmung.

Nun konnte keine Rede mehr davon sein, wenigstens das Boulevardblatt „Der Abend“ zu drucken, um der kränkelnden Zeitung weitere Einbußen zu ersparen. Franz Karl Maier hatte es wieder geschafft; auch die Gutwilligen mochten nun keinen Finger mehr für ihn rühren.

Die Auseinandersetzung hatte am Montag vergangener Woche begonnen. Als die Mercator-Betriebsräte ihr Gehalt nachrechneten, stellten sie fest, daß Maier — zur Hälfte Eigentümer der Druckerei — ihre Löhne um bis zu

1000 Mark gekürzt hatte. Die Mannschaft stellte die Arbeit ein und zog ins „Quartier Latin“.

„Diese Herren haben sich vor der Arbeit gedrückt“, begründete Maier den Lohnabzug. Und in einer Notausgabe des „Tagesspiegel“ rechnete er den Herren exakt vor, wie sie ihn um sein Geld zu betrügen suchten.

Noch 1973, fand der Arbeitgeber heraus, hätten die Betriebsräte des 240-Mann-Unternehmens 1991 Stunden an ihrem Arbeitsplatz gefehlt, weil sie Belegschaftsprobleme erörterten. Im Jahre 1978 seien dann schon 4792 Stunden ausgefallen. Was das kostet, weiß Maier auch: genau 63 500 Mark.

Weil aber der Betriebsrat die „maßlose zeitliche Ausdehnung“ (Maier) seiner Arbeit nicht begründen konnte, sei ein Teil der Ausfallzeiten nur unter Vorbehalt gezahlt worden.

Dagegen hätten die Betroffenen nach Ansicht ihres Arbeitgebers klagen müssen. Da sie das nicht taten, habe er nun mit dem „sukzessiven Abzug“ des unter Vorbehalt gezahlten Lohnes begonnen.

Das Betriebsverfassungsgesetz läßt die Interpretation des scharf kalkulierenden Druckerei-Besitzers kaum zu. Aber selbst wenn: Die Betriebsräte können nachweisen, was ihnen soviel Arbeit macht — vor allem der Chef selbst.

So verkehrt Maier, der sogar unter Verleger-Kollegen als eigenwillig und skurril gilt, mit seinen Betriebsräten nur noch schriftlich. Allein seit August vergangenen Jahres deckte er den Betriebsrat mit über 90 Schreiben ein.

Mit besonderer Hingabe verfaßt der 69jährige umfangreiche Schriftsätze, in denen er jedem Betriebsrat penibel seine Sitzungszeiten vorrechnet. Der Adressat erfährt dann, was seine Arbeit wert ist: Maier schlüsselt auf, welche der Ausfallstunden er — weil erforderlich — bezahlt, welche er nur unter Vorbehalt entgelt und welche er überhaupt nicht anerkennt. Selbst halbe Stunden werden berechnet.

Aber die Betriebsräte vergeuden Maiers kostbare Zeit offenbar nicht nur in Sitzungen. So belehrte der Herr im Haus die Arbeitnehmer — schriftlich, versteht sich — über ihre Rechte im Betrieb. Auf keinen Fall dürften sie „während ihrer Arbeit vom Arbeitsplatz aus zufällig des Weges kommende Betriebsratsmitglieder ansprechen und in ein Frage-und-Antwort-Gespräch verwickeln“.

Auf den Einwand der Betriebsräte, daß gelegentlich die Höflichkeit unter Kollegen einen Wortwechsel erfordere, antwortete Maier wieder schriftlich: „Im Betriebsverfassungsgesetz ist nichts von Höflichkeitsaufgaben zu finden.“

Und weil der eigenwillige Arbeitgeber seine Gegenspieler stets im Unrecht wähnt, ist er auch vor dem Berliner Arbeitsgericht als Kläger gut bekannt. So wollte er den Betriebsratsvorsitzenden